Brennpunkt Migration
– Überlegungen zu kommunalen Strategien für Integration –

Matthias Schulze-Böing

Übersicht

1	Migration – ein Thema der Städte	344
2	Vielfalt zwischen Assimilation und Multikulturalismus	345
3	Diversitätspolitik und kommunale Strategie	347
4	Dialog und Konflikt	349
5	Integration – ein Querschnittsthema in der Stadt	350
6	Soziale Entwicklung und kommunale Praxis	351
7	Gemischte Quartiere – Voraussetzung für Integration	354
8	Schlussbemerkung	355
Literatur		356

1 Migration – ein Thema der Städte

Die Stadtgesellschaften in Deutschland haben sich vor nur fünf Jahren als überaus vital und leistungsfähig gezeigt, als es darum ging, schnell und wirksam gemeinsam mit Stadtverwaltungen und anderen Behörden Hilfe für hunderttausende Flüchtlinge zu organisieren. „Willkommenskultur" war das Stichwort der Stunde. Ein paar Jahre später ist Ernüchterung eingetreten. Immigration ist ein Thema geworden, das die Gesellschaft spaltet. Die Ereignisse von Chemnitz mit teilweise gewalttätigen Aktionen gegen Immigranten und einer radikalisierten Kommunikation aus dem Sommer 2018 stellen den vorläufigen Höhepunkt einer Zuspitzung von Konflikten dar, die sich an der Immigration und am Umgang mit Immigranten entzündeten.

Die Städte sind das Ziel von Migrationsströmen und Knotenpunkte von Migrationsbewegungen – und zwar nicht nur in Deutschland, sondern weltweit. Nicht zufällig hat die Internationale Organisation für Migration (IOM), eine Unterabteilung der Vereinigten Nationen, das Thema „Migration und Städte" in den Mittelpunkt einer ihrer letzten Jahresberichte gestellt.[1] Die Funktionsfähigkeit von Städten ist demzufolge ein entscheidender Faktor bei der Frage, wie Immigration in einer Gesellschaft verarbeitet wird und ob Integration der Zugewanderten in die Aufnahmegesellschaft gelingt.

Durch den Bestseller „Arrival City" des kanadischen Journalisten Doug Saunders[2] bekam dieser Sachverhalt vor einigen Jahren ein einprägsames und anschlussfähiges Label. Er beschreibt, wie die weltweite Realität von Migration das Gesicht von Städten verändert, wie sich durch Migration neue Formen der Stadt-Land-Beziehung über große räumliche Distanzen herausbilden (zwischen dem Dorf im Herkunftsland und dem „Dorf in der Stadt" bzw. der ethnischen Gemeinschaft in der Ankunftsstadt), wie sich durch Migration aber auch neue Quellen für Wohlstand und wirtschaftliche Entwicklung herausbilden. Saunders blendet die problematischen Aspekte von Immigration in den Städten, die Probleme von sozialen Belastungen, die Risiken residenzieller Segregation und kultureller Fremdheit zwischen Stadtgesellschaft und Neu-Ankömmlingen nicht aus, gibt aber all diesen Phänomenen eine positive, zuweilen sehr optimistische Wendung. Wenn sich etwa bestimmte ethnische Gruppen in einzelnen Stadtteilen konzentrieren, sieht Saunders keine Gefahr für ein gutes Zusammenleben in der Stadt, sondern den Vorteil der Bildung ethnischer Netzwerke, die Neu-Immigranten auffangen können.

1 Vgl. International Organization for Migration (2015).
2 Vgl. Saunders (2011).

Wie man auch immer zu einzelnen Thesen von Saunders steht, er hat die Unverzichtbarkeit des Potenzials von Städten für die Bewältigung von Migrationsprozessen in der Welt in sehr eindrucksvoller Weise in den Fokus gerückt. Ohne funktionierende Städte, so die Schlussfolgerung, funktioniert auch Migration nicht.

2 Vielfalt zwischen Assimilation und Multikulturalismus

Damit stellt sich die Frage, inwieweit Immigration in den Städten gestaltet und wie Integration gefördert werden kann. Was man unter „Integration" genau verstehen soll, ist sowohl in den Sozialwissenschaften wie in Politik und kommunaler Praxis keineswegs eindeutig definiert, sondern vielmehr Gegenstand anhaltender Kontroversen und einer inzwischen kaum mehr zu überschauenden Literatur.[3] Hat man in den Kulturwissenschaften und der Stadtsoziologie noch in den sechziger Jahren ganz selbstverständlich Integration mit dem Begriff der „Assimilation" gleichgesetzt,[4] so wird mit dem Begriff der multikulturellen Gesellschaft seit den achtziger Jahren ein sehr einflussreiches Gegenkonzept dazu vertreten. Die Stadt Frankfurt am Main hatte Ende der achtziger Jahre sogar ein noch heute bestehendes kommunales „Amt für multikulturelle Angelegenheiten" gegründet. Eine betont positive Konnotation von „Vielfalt" gehört seit vielen Jahren zum Mainstream offizieller Politik und eines großen Teils der Sozialwissenschaften. „Vielfalt verbindet", heißt es z. B. recht apodiktisch im Programm der „Interkulturellen Woche" 2018 der Kirchen in Deutschland.[5]

Nun ist die moderne Gesellschaft auch ganz unabhängig von der Immigration funktional, aber auch sozial und kulturell hochgradig differenziert. Man denke an die verschiedenen Funktionskreise von Wirtschaft, Staat und Zivilgesellschaft, an die Eigentümlichkeiten regionaler Strukturen und Lebensbedingungen oder die Vielfalt von sozialen Milieus.[6] Die Vielfalt von Lebensbedingungen und Lebensformen in den Quartieren und Sozialräumen ist seit jeher geradezu ein Konstituens des Urbanen, wie et-

3 Vgl. Hüttermann (2018); Foroutan/Karakyali/Spielhaus (2018).
4 Vgl. Hauck (2006).
5 Ohne dass man den Eindruck hat, dass den Verantwortlichen das Paradoxe dieser Feststellung bewusst wäre. Vgl. Der Ökumenische Vorbereitungsausschuss (o. J.).
6 Vgl. Pries (2013).

wa Georg Simmel schon Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts mit Klarheit herausgearbeitet hat.[7]

Mit der Immigration entstehen neue Differenzierungen mit neuen Herausforderungen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Paul Collier sieht in der mit der Immigration verbundenen wachsenden kulturellen Vielfalt der Gesellschaft eine Gefahr für die für den Wohlfahrtsstaat mit seinen finanziellen Umverteilungsmechanismen unverzichtbare gesellschaftliche Solidarität.[8] Alberto Alesina und Edward Glaeser weisen darauf hin, dass ein ausgebauter Wohlfahrtsstaat und großzügige Sozialleistungen eine rasche Integration von Einwanderern unter Umständen nicht begünstigen, sondern eher behindert, insofern damit die Anreize für die Aufnahme für Arbeit, das Erlernen der Sprache und die Anpassung an die Gebräuche und Regeln des Aufnahmelandes verringert würden. Ein großzügiger Wohlfahrtsstaat verbunden mit einer Politik des „Multikulturalismus" wäre eine „toxische Mischung"[9] für Einwanderungsländer.

In der Tat gibt es Hinweise, dass man den Immigranten mit einer zu großen Akzeptanz der Beibehaltung von Kultur und Lebensformen aus den Herkunftsländern gewissermaßen einen „Bärendienst" erweist. Ruud Koopmans zeigt, dass multikulturelle Toleranz für das Beharren auf der Kultur der Herkunftsländer die Chancen am Arbeitsmarkt verringert.[10] Danzer und Firat machen deutlich, dass das Leben in „ethnischen Enklaven" die Bildungschancen und damit auch die Arbeitsmarktchancen massiv beeinträchtigen kann.[11] Die vielfältigen Probleme, die die Entwicklung ethnischer Parallelgesellschaften, die sich den Normen und Werten der Aufnahmegesellschaft entziehen, für die rechtstaatliche Ordnung und das Zusammenleben gerade auch im städtischen Kontext auslöst, sind ebenfalls nicht zu unterschätzen.[12]

Es gibt also gute Gründe für Skepsis gegenüber dem Konzept der multikulturellen Gesellschaft. Integration kann nicht gelingen, wenn man es völlig ins Belieben stellt, welchen Elementen der Aufnahmegesellschaft man sich annähert oder sie übernimmt und welche man ignoriert oder abweist. Dass man die Rechtsordnung anerkennt, ist eine selbstverständliche Voraussetzung des Lebens in jeder Aufnahmegesellschaft. Darüber hinaus ist es aber legitim, dass eine Aufnahmegesellschaft die Anerkennung ihrer

7 Vgl. Simmel (2008).
8 Vgl. Collier (2013; 2018).
9 Alesina/Glaeser (2004), zitiert nach Weede (2015).
10 Vgl. Koopmans (2017).
11 Vgl. Danzer/Firat (2010).
12 Vgl. Scheffer (2016).

Grundwerte, etwa der demokratischen Regelung von Herrschaft und der Freiheitsrechte des Individuums, und zwar in einer sichtbar gelebten Form, einfordert. Wenn man ehrlich ist, wird man auch feststellen, dass dieses Wertsystem mit den kulturellen Orientierungen, die Immigranten aus ihren Herkunftsländern mitbringen, zuweilen nicht vereinbar ist, sondern dass es hier Spannungsverhältnisse gibt. Dies zu ignorieren wäre ebenso fahrlässig wie ein Ausweichen vor den mit dem Aufeinandertreffen unterschiedlicher Wertsysteme zwangsläufig verbundenen Konflikten.

Wenn man Integration ernst meint, wird man also immer auch in einem gewissen Rahmen über Assimilation und Anpassung sprechen müssen. Wenn es Unverträglichkeiten zwischen der Kultur von Einwanderern und den zentralen Werten der Kultur der Aufnahmegesellschaft gibt, etwa in Bezug auf die Rolle der Frau in der Gesellschaft, das Verhältnis von Familienwerten und gesellschaftlichen Normen oder das Verhältnis von Religion und Staat, scheint es wenig sinnvoll, darauf mit dem Leitbild der multikulturellen Gesellschaft zu reagieren. Vielmehr kann es, wie Miller[13] darlegt, im Sinne des Erhalts des Zusammenhalts der Aufnahmegesellschaft und der Sicherung der Akzeptanz von Immigration bei ihrer Bevölkerung legitim sein, von Einwanderern zu erwarten, dass sie einen Teil der mitgebrachten Kultur aufgeben. Eine verunsicherte und in ihrem Selbstverständnis in Frage gestellte Gesellschaft wird sich mit der Integration schwerer tun als eine selbstbewusste Gesellschaft, die offen für Fremde ist, aber auch klar formuliert, was sie von diesen erwartet.

3 *Diversitätspolitik und kommunale Strategie*

Dabei ist aber immer im Blick zu behalten, dass es eine homogene Kultur in kaum einer Gesellschaft gibt und dass es weder realistisch noch wünschenswert wäre, eine solche homogene Kultur anzustreben. Durch Immigration werden den ohnehin in der Gesellschaft vorhandenen Differenzierungen weitere hinzugefügt. Auch die Gruppe der Immigranten ist ja in sich alles andere als homogen. Auch hier gibt es nicht nur ethnische Unterschiede, sondern Schichten, Kulturen, Milieus und Gruppen mit Sonderinteressen.

Taşan-Kok et al. haben für diesen Sachverhalt den Begriff der „Hyperdiversität"[14] geprägt. Damit soll bezeichnet werden, dass es längst schon

13 Vgl. Miller (2016).
14 Taşan-Kok et al. (2017).

nicht mehr nur um die Differenz von Immigranten und Aufnahmegesellschaft, von Neuankömmlingen und Alteingesessenen geht, sondern dass die Stadtgesellschaft von einer Vielzahl von Differenzen im Hinblick auf sozialen Status und soziale Lage, Herkunft, Lebensstile, von Sozialräumen, Positionierungen in der Arbeitswelt usw. gekennzeichnet ist. Diese Differenzen überlagern sich, können sich ausgleichen, aber auch kumulieren und damit eine hochkomplexe Ungleichheitsmatrix in den Städten schaffen, die traditionelle Politikansätze zunehmend überfordert und zur Herausforderung für die „Governance" in vielfaltsgeprägten Städten wird.[15]

Ein realistisches Konzept von Integration wird insofern anerkennen, dass es einen eindeutigen und einfachen Begriff von Integration schon deshalb nicht geben kann, weil auch die Aufnahmegesellschaft selbst keine eindeutige und klare Struktur aufweist. Das Ziel von Integration ist also gar nicht so klar auszumachen, wie das oft unterstellt wird. Auf der anderen Seite jedoch führt das Konzept multikultureller Beliebigkeit den Begriff der Integration ad absurdum, zumindest wenn man mit ihm mehr meint, als die selbstverständliche Tatsache, dass die Gesetze des Aufnahmelandes von allen Bürgern, auch von Immigranten, anzuerkennen und zu befolgen sind.

Es geht neben der Anerkennung von Vielfalt eben auch um die Sicherung (und Wiedergewinnung) von Gemeinsamkeiten, ohne weder die Gesellschaft im nationalen oder gar europäischen Maßstab noch die Gesellschaft auf der Ebene von Städten und ihren Quartieren funktionieren kann. Das Beherrschen der Sprache des Aufnahmelandes kann man als unverzichtbare Voraussetzung zum Aufbau solcher Gemeinsamkeiten ansehen. Gemeinsame Erfahrungen in der Arbeitswelt waren immer ein wichtiger Katalysator für Integration. Deshalb hat das schnelle Einfädeln ins Beschäftigungssystem hohe Priorität. Darüber hinaus sind es Kontakte, verbindliche Begegnungen in vielfältigen Lebenszusammenhängen, die gemeinsame Artikulation von Interessen, bürgerschaftliches Engagement, das aktive Zusammenleben in der Stadt, im Quartier, in der Hausgemeinschaft, die ein Gefühl für Gemeinsamkeiten (natürlich auch für Unterschiede) vermitteln können.

Nachhaltige Stadtpolitik schafft deshalb Räume und Formate für Begegnung, schaut genau hin, was sich dort abspielt und beteiligt die Bürger, aber insbesondere auch die Immigranten selbst, an der Entwicklung von

15 Der Begriff der „Superdiversität" zielt auf etwas Ähnliches, erscheint mir jedoch für die Beschreibung des Sachverhalts weniger treffend. Siehe dazu den einschlägigen Artikel in Wikipedia.org (o. J.).

Räumen und Kommunikationsformaten. In Offenbach am Main hat man z. B. in der Quartiersarbeit gute Erfahrungen gemacht. Maßgabe muss allerdings sein, dass dabei alle zu Wort kommen, alle Perspektiven, auch die der Integrationsskeptiker, eingebracht werden können und nicht etwa nur ein weiterer Resonanzboden für ohnehin artikulationsstarke und diskursbestimmende Gruppen geschaffen wird.

4 *Dialog und Konflikt*

Integration ist in diesem Sinne ein Prozess ohne klaren Endpunkt. Es ist ein Dialog zwischen Einwanderern und Aufnahmegesellschaft, ein wechselseitiger Lernprozess, aber auch ein Prozess des Aushandelns und der Auseinandersetzung um Positionen und Werte. Jörg Hüttermann zeigt in seinen Untersuchungen zur Beziehung von „Alteingesessenen" und Migranten in deutschen Städten, dass Konflikte um bestimmte Themen, etwa Moscheebauten oder das Verhalten im öffentlichen Raum, nicht unbedingt ein Zeichen gescheiterter Integration sein müssen. Manche Konflikte kann man sogar als Ausdruck von Erfolgen bei der Integration verstehen, etwa wenn es Immigranten gelingt, sich in Vereinen zu organisieren und im politischen Prozess eigene Interessen nach den demokratischen Regeln der Aufnahmegesellschaft zu vertreten.[16]

Für eine nachhaltige Integrationsstrategie auf gesamtgesellschaftlicher wie auf lokaler Ebene braucht es Realismus und Augenmaß. Immigration war und ist immer mit „sozialem Stress" für die Immigranten wie für die Aufnahmegesellschaft verbunden. Beide müssen sich bewegen und gewohnte Gewissheiten in Frage stellen, die Immigranten sicher stärker als die Mitglieder der Aufnahmegesellschaft. Zu einem realistischen Integrationskonzept gehört die Einsicht, dass ein gewisses Maß von Assimilation unverzichtbar ist, aber auch die Erkenntnis, dass es kein einheitliches Drehbuch für Integration gibt. Integration hat sehr viele Gesichter. Deshalb sind die lokale Ebene und der Beitrag der Städte so wichtig.

Zu diesem Realismus gehört auch ein unverkrampftes Verhältnis zum Konflikt um Immigration und Integration. Nur wenn alle Stimmen gehört werden, kann man vermeiden, dass sich gesellschaftliche Konflikte in regressiven und möglicherweise auch gewalttätigen Formen Ausdruck verschaffen. Wer mit dem Tempo und dem Ausmaß von Immigration Probleme hat, ist deshalb noch kein „Rassist". Aber auch derjenige, der mehr Of-

16 Vgl. Hüttermann (2018).

fenheit für Fremde einfordert und Benachteiligung und Diskriminierung kritisiert, ist kein Störenfried. Konflikte können fruchtbar und Ausgangspunkt für gesellschaftliche Lernprozesse sein, auch im Bereich der Migration. Wichtig ist allein, dass sie offen und innerhalb der Regeln von Recht und Demokratie ausgetragen werden. Dabei ist die interessante und wahrscheinlich nur praktisch beantwortbare Frage, wie groß der Vorrat an Gemeinsamkeiten sein muss, damit Meinungsverschiedenheiten und Konflikte produktiv gestaltet werden können. Denn ohne einen solchen Vorrat an Gemeinsamkeiten führt der Dissens nicht zur Integration, sondern zum Zerfall. Gerade die kommunale Politik hat hier ein wichtiges Aufgabenfeld darin, die Linien des Zusammenlebens vor Ort zu definieren, Konflikte offen anzusprechen und ihnen nicht auszuweichen, aber auch praktikable Lösungen für ein Zusammenleben zu schaffen, das nicht nur oberflächlich konfliktfrei ist, sondern das die Lebenschancen aller Menschen in der Stadtgesellschaft so gut es geht entfaltet und erweitert. Es spricht vieles dafür, dass Integration in den Städten besonders gut funktioniert, wo die kommunale Politik Erwartungen an die Immigranten klar ausspricht, Konflikte nicht verdrängt werden und eine realistische Einschätzung von Chancen und Risiken der Immigration gegeben ist.

5 *Integration – ein Querschnittsthema in der Stadt*

Integration ist eine zentrale Gestaltungsaufgabe kommunaler Politik und zugleich ein Querschnittsthema, das kaum ein kommunales Handlungsgebiet auslässt. Wohnen, Stadt- und Quartiersentwicklung, Arbeit, Bildung oder öffentliche Sicherheit und Ordnung sind Themen, die von den Herausforderungen der Immigration betroffen sind; sie können aber auch einen wichtigen Beitrag zum Gelingen von Integrationsprozessen leisten.

Dass Integration ohne die Integration in Erwerbsarbeit nicht möglich ist, dürfte kaum jemand bestreiten. Dass dafür Sprachqualifizierung, allgemeine und berufliche Bildung, das Verständnis und die Befolgung der Regeln des Arbeitsmarktes und des Beschäftigungssystems des Aufnahmelandes notwendig sind, ist offenkundig. Die Kommunen können das mit guten Angeboten im Bereich der frühkindlichen Erziehung und Kinderbetreuung, in der Jugendarbeit, mit sozialer Arbeit in den Schulen, Kooperationsnetzwerken mit Betrieben und einer gut durchdachten lokalen Arbeitsmarktpolitik fördern.

Am Beispiel der kommunalen Strategie der Stadt Offenbach sind die wesentlichen Handlungsfelder in *Abbildung 1* dargestellt.

Abbildung 1: Strategische Handlungsfelder für Integration

	Bildung	Stadtentwicklung	Zusammenleben	Arbeit
Maßnahmen, Instrumente	• Bildungskoordination • Bildungsberatung • Frühsprachenerziehung • Schulsozialarbeit	• Reduzierung Segregation • Verbesserung Sozialstruktur • Vorteile baulicher Dienste nutzen • Perspektiven für Aufsteiger schaffen	• Quartiersarbeit • Stärkung der Selbstorganisation • Kommunikationskonzept • Realistische Ordnungspolitik	• Kommunales Jobcenter • Gründerstadt Offenbach • Fachkräftekonzept • Übergang Schule-Beruf

Quelle: Eigene Darstellung, vgl. Schulze-Böing (2018).

In einer ganzheitlichen kommunalen Strategie ist Integration also im Fokus sehr unterschiedlicher Handlungsfelder, sowohl explizit als auch implizit. Wenn kommunales Handeln in diesen Handlungsfeldern Defizite aufweist, wird Integration behindert. Umgekehrt fördern gute lokale Arbeitsmarkt-, Bildungs-, Stadtentwicklungs- und Ordnungspolitik Integration, auch wenn sie sich nicht explizit als Integrationspolitik verstehen. Zuweilen ist es sogar klug, den Integrationsaspekt nicht allzu sehr in den Vordergrund zu rücken, um Vorbehalten, Verteilungskonflikten etc. erst gar keinen Raum zu geben.

6 *Soziale Entwicklung und kommunale Praxis*

Wichtig scheint mir, dass sich eine integrierte soziale Entwicklungsstrategie für Integration nicht ausschließlich an Immigranten richtet. Es sollte stets eine Strategie für alle Bürger/innen sein, für die „Alteingesessenen" wie für neu Ankommenden. Auch die Angehörigen der Aufnahmegesellschaft mit ihren Problemen und Interessen sollten sich darin wiederfinden. Angebote oder die Maßnahmen, die sich explizit und ausschließlich an Immigranten oder bestimmte Gruppen unter ihnen richten, sollten die sicher in vielen Fällen notwendige, aber begründungsbedürftige Ausnahme sein; gute kommunale Dienste für alle Bürger/innen, die der Vielfalt

der Stadtbevölkerung in ihrem Inhalt und in der Form der Umsetzung gerecht werden, sollten die Regel sein.

Gute kommunale Dienstleistungen tragen der besonderen Lebenssituation von Immigranten wie der anderer Gruppen Rechnung, nutzen interkulturelle Kompetenz und tragen der Vielfalt in der Bevölkerung auch durch die personelle Zusammensetzung der Verwaltung Rechnung. In einer von Vielfalt geprägten Stadt sollte die Verwaltung diese Vielfalt in einer gewissen Weise spiegeln. Die Ausbildung und Rekrutierung von Menschen mit Migrationshintergrund für Verwaltungsfunktionen ist dafür ein guter Weg. Die Aufgabe der Integration ist auf kommunaler Ebene ohne Zweifel mit vielfältigen Sonderthemen verbunden, die sich aus den spezifischen Voraussetzungen einzelner Gruppen von Immigranten und Bürgern mit Migrationshintergrund ergeben. Das haben u. a. die Begleitumstände der Zuwanderung aus Südosteuropa und zuvor Osteuropa nach dem Beitritt dieser Länder zur Europäischen Union gezeigt. Die Flüchtlingswellen seit 2015 werfen Fragen auf, die sich aus der Fluchtsituation und den besonderen mit dem Flüchtlingsstatus verbundenen Bedingungen ergeben. Die kommunale Politik muss für diese besonderen Herausforderungen spezifische Antworten finden, in den Bereichen von Wohnen, Arbeit, Bildung, öffentlicher Ordnung und dem Einleben in der Aufnahmegesellschaft.

Es gibt zudem unterschiedliche Phasen mit jeweils spezifischen Problemstellungen: das erste Ankommen, der Prozess der Etablierung auf dem Arbeitsmarkt, der Aufbau einer gesicherten Lebenssituation der Familie, die Bildung der nächsten Generation usw. Jede dieser Phasen hat ein besonderes Profil von Problemen und erfordert dazu passenden Politiken in Staat und Kommune. So war etwa die erste Phase der Immigration aus Südosteuropa mit massiven ordnungsrechtlichen Problemen verbunden, weil die mit der EU-Mitgliedschaft verbundene Freizügigkeit noch mit einem sehr eingeschränkten Zugang zum Arbeitsmarkt verbunden war. Dies führte zu allen möglichen legalen, aber oft auch illegalen Umgehungsstrategien der Immigranten und ihrer Arbeitgeber mit Scheinselbstständigkeit, völlig ungeregelten, ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen in der Grauzone, kriminellen Praktiken der Ausnutzung der Notsituation der Zuwanderer und teilweise dramatisch schlechten Wohn- und Lebenssituationen in den Quartieren der Aufnahmestädte. Mit der Normalisierung des Arbeitsmarktzugangs haben sich innerhalb weniger Jahre einige dieser Probleme deutlich abgemildert. Wo Kommunen den Auswüchsen der Netzwerke von Schleppern, Vermietern von Schrottimmobilien und Arbeitgebern mit problematischen Beschäftigungspraktiken entschlossen entgegengetreten sind, konnten diese eingedämmt werden.

Inzwischen hat sich die Situation der Zuwanderer deutlich differenziert. Schaut man sich etwa als zentrale Kennziffer die Quote der Leistungsbezieher nach dem Sozialgesetzbuch II an, zeigt sich für die Gruppe der Polen eine Situation, die sich eher günstiger darstellt, als für den Durchschnitt der Bevölkerung und bei den Rumänen eine Quote nahe beim Durchschnitt. Für die Bulgaren jedoch hat sich die SGB-II-Quote im Zeitverlauf stark erhöht und deutet auf eine insgesamt recht prekäre soziale Situation hin.[17] Kommunale Strategien zur Bewältigung der Begleit- und Folgeprobleme der Zuwanderung müssen sich also an immer wieder neue Situationen anpassen. Integrationspolitik ist insofern nicht nur sozial nach Zielgruppen und sachlich nach Themen, sondern auch zeitlich im Hinblick auf die Dynamik und Phasenfolge von Immigrationsprozessen zu differenzieren.

In von „Hyperdiversität" geprägten Städten verschwimmt damit aber der Unterschied von Integrationspolitik zu einer differenziellen, zielgruppen-, sozialraum- und lebenslagenbezogenen Stadtentwicklungs- und Sozialpolitik für alle Bürger. Integrationspolitik geht in einem übergreifenden Politikansatz auf.[18] In einer strategischen Perspektive ist es deshalb sinnvoll, für die Kommune eine „soziale Entwicklungspolitik" zu konzipieren, die sich aus den Zielsetzungen für die Entwicklung des Gemeinwesens ableitet und bestimmbar macht, welches Maß an Vielfalt und Differenz mit diesen Zielen vereinbar ist, wo der Gemeinschaft und dem gesellschaftlichen Zusammenhalt Vorrang vor der Toleranz für Differenz zu geben ist und, nicht zuletzt, wie die Prioritäten des Gemeinwesens mit den vorhandenen Ressourcen in Einklang zu bringen sind. Diese sind gerade in „Ankunftsstädten" oft überaus knapp.[19]

Integrationspolitik, die sich nur um Immigranten kümmert, würde gewissermaßen ihr Thema verfehlen. Integration ist vielmehr als Teil der sozialen Entwicklung in der Stadt in all ihren Ausprägungen und Hand-

17 Mit Daten bezogen auf die Stadt Offenbach, vgl. Schulze-Böing (2017).

18 Dieser jedoch muss sich vor der Gefahr hüten, durch eine übermäßige Vielzahl von Programmen und Handlungsansätzen für einzelne Gruppen der Fragmentierung der Gesellschaft Vorschub zu leisten und Sonderinteressen zu viel Raum zu geben. Die Themen Immigration und Integration sind immer wieder Spielfelder eines Profilierungswettbewerbs der Politik auf allen Ebenen. Das führt oft zu einem ineffizienten Wildwuchs von Programmen und Projekten. Bei den Bürgern verfestigt sich so schnell der Eindruck, es werde hier nicht so sehr auf den Euro geachtet, während ansonsten überall gespart werde. Im Sinne eines nachhaltigen und in der Bevölkerung akzeptanzfähigen Politikkonzepts in diesem sensiblen Bereich wäre deshalb weniger oft mehr, wenn es denn gut durchdacht ist.

19 Vgl. Schulze-Böing (2018).

lungsfeldern zu verstehen. Soziale Entwicklungspolitik in vielfaltsgeprägten Städten muss sich zudem dynamisch auf wechselnde Situationen einstellen, in der Lage sein, schnell zu reagieren, aber auch Programme wieder zurückzufahren, wenn sich mit Immigration verbundene Sonderprobleme reduzieren oder auflösen. Die kommunale Praxis muss gewissermaßen „atmen", ohne ihren inneren Kompass zu verlieren, und in sich so flexibel angelegt sein, dass es ausreichende Spielräume gibt.

7 *Gemischte Quartiere – Voraussetzung für Integration*

In Deutschland gehört es zum Leitbild der Stadtentwicklung, soziale und ethnische Segregation zu begrenzen und so weit es geht zu verhindern. In der sozialwissenschaftlichen Stadtforschung ist diese Position immer wieder kritisch hinterfragt worden. Hartmut Häußermann und Walter Siebel halten dem Leitbild der sozial und ethnisch durchmischten Viertel entgegen, dass es nicht nur unrealistisch, sondern in gewisser Form auch repressiv sei, da es die natürliche Selbstorganisation ethnischer Gemeinschaften in Sozialräumen den Normen der Mehrheitskultur unterordne. Ethnische Netzwerke und Cluster, die sich in segregierten Quartieren ausbilden und reproduzieren, könnten dagegen wichtige Katalysatorfunktion für die Integration von Immigranten haben.[20]

Es gibt jedoch gute Gründe, am Leitbild der sozial durchmischten Stadt festzuhalten, auch wenn es viele Hinweise gibt, dass die soziale Segregation in den deutschen Städten insgesamt eher zunimmt und damit ein Stück des sozialen Zusammenhalts in der Gesellschaft gefährdet wird.[21] In sozial und/oder ethnisch segregierten Vierteln kumulieren sich soziale Benachteiligungen. Die Adresse wird zum Stigma. Sozial und ethnisch homogene Viertel mindern die Entwicklungschancen von Kindern und Jugendlichen.[22] Wie man aus der kognitiven Lernpsychologie weiß, ist für soziales Lernen eine gewisse Heterogenität unverzichtbar. Gerade für sozial benachteiligte Jugendliche sind Rollenmodelle von beruflich erfolgreichen und gut integrierten Menschen besonders wichtig. Wenn arme Kinder in benachteiligten Quartieren von armen Erwachsenen gewissermaßen nur lernen können, wie man arm bleibt, werden Entwicklungschancen blockiert.

20 Vgl. Häußermann/Siebel (2001).
21 Vgl. Helbig/Jähnen (2018).
22 Vgl. Strohmeier (2010).

Auch für die Integration ist die Ausbildung ethnisch homogener Viertel ein Risiko. Vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit hoch segregierten Quartieren in Europa von Neukölln bis Molenbek erscheint mir die These von Saunders, dass Integration und Segregation zwanglos miteinander vereinbar seien,[23] leichtfertig, wenn nicht sogar gefährlich zu sein. Für Neuankömmlinge mag es zunächst eine Erleichterung sein, auf ethnische Netzwerke und Kontakte mit Menschen aus dem gleichen Herkunftsland zurückgreifen zu können. Auch bei der Integration in Arbeit mögen ethnische Netzwerke mitunter hilfreich sein. Langfristig laufen Immigranten aber Gefahr, sich in eine Falle zu begeben, die sie in einer gesellschaftlich prekären Situation festhält.

8 *Schlussbemerkung*

Die Entwicklung der Zuwanderung hat die Frage des gelingenden und guten Zusammenlebens in den Städten neu auf die Tagesordnung gesetzt. Städte sind Drehscheiben der Immigration und wichtige Katalysatoren für Integrationsprozesse. Sie tragen einen großen Teil der Verantwortung für gelingende Integration – und die damit verbundenen finanziellen Lasten. Wenn die Gesellschaft Immigration produktiv gestalten will, ist sie auf funktionierende, aktive und engagierte Städte angewiesen. Es sollte aber nicht vergessen werden, dass die Stadt nur dann zur „Integrationsmaschine"[24] wird, wenn die Kohäsionskräfte groß genug sind, um die zentrifugalen Kräfte von Segregation und Konflikt auszugleichen. Der soziale Zusammenhalt in der Stadt ist keineswegs garantiert, sondern stets in Frage gestellt, zumal in Zeiten von angespannten Wohnungsmärkten und Immigration. Deshalb ist es eine wichtige Aufgabe der Kommune auch das Miteinander in der Stadt gemeinsam mit der Bürgerschaft und ihren zivilgesellschaftlichen Organisationen zu organisieren. Gerade in den Vereinen und Initiativen, aber auch in den Quartieren liegen dafür die großen Potentiale. Es gilt, das „soziale Kapital" des Gemeinwesens zu erhalten und immer wieder neu zu bilden.

23 Vgl. Saunders (2011).
24 Vgl. Heitmeyer (1998).

Literatur

ALESINA, Alberto/GLAESER, Edward (2004): Fighting Poverty in the US and Europe: A World of Difference. London.

COLLIER, Paul (2013): Exodus. Immigration and Multiculturalism in the 21st Century. London.

COLLIER, Paul (2018): The Future of Capitalism. Facing the New Anxieties. London.

DANZER, Alexander M./FIRAT, Yaman (2010): Immigranten in Deutschland: Ethnische Enklaven schwächen die Sprachkompetenz, mehr Bildung stärkt sie. IAB-Kurzbericht, Heft 17, Berlin.

Der Ökumenische Vorbereitungsausschuss (Hrsg.) (o. J.): Interkulturelle Woche, unter: http://www.interkulturellewoche.de (27.12.2018).

FOUROUTAN, Naika/Karakayali, Juliane/Spielhaus, Riem (2018): Postmigrantische Perspektiven. Frankfurt am Main.

HÄUSSERMANN, Hartmut/SIEBEL, Walter (2001): Integration und Segregation – Überlegungen zu einer alten Debatte. In: Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften (DfK), Heft 1, S. 68–79.

HAUCK, Gerhard (2016): Kultur. Zur Karriere eines sozialwissenschaftlichen Begriffs. Münster.

HEITMEYER, Wilhelm (1998): Versagt die "Integrationsmaschine" Stadt? Zum Problem der ethnisch-kulturellen Segregation und ihrer Konfliktfolgen. In: Heitmeyer, Wilhelm/Dollase, Rainer/Backes, Otto (Hrsg.): Die Krise der Städte. Frankfurt am Main, S. 443–467.

HELBIG, Marcel/JÄHNEN, Stefanie (2018): Wie brüchig ist die soziale Architektur unserer Städte? Trends und Analysen der Segregation in 74 deutschen Städten. (= Discussion Paper P 2018-001, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.)

HÜTTERMANN, Jörg (2018): Figurationsprozesse in der Einwanderungsgesellschaft. Zum Wandel der Beziehungen zwischen Alteingesessenen und Migranten in deutschen Städten. Bielefeld.

International Organization for Migration (Hrsg.) (2016): World Migration Report 2015. Migrants and Cities: New Partnerships to Manage Mobility. Geneva.

KOOPMANS, Ruud (2017): Assimilation oder Multikulturalismus? Bedingungen gelungener Integration. Münster.

MILLER, David (2016): Strangers in Our Midst. The Political Philosophy of Immigration. Cambridge (Mass.).

PRIES, Ludger (Hrsg.) (2013): Zusammenhalt durch Vielfalt? Bindungskräfte der Vergesellschaftung im 21. Jahrhundert. Wiesbaden.

SCHEFFER, Paul (2016): Die Eingewanderten. Toleranz in einer grenzenlosen Welt. München.

SCHULZE-BÖING, Matthias (2017): Kann man Integration messen? Konzept und aktuelle Ergebnisse des Integrationsmonitorings der Stadt Offenbach. In: Amt für Arbeitsförderung, Statistik und Integration der Stadt Offenbach am Main (Hrsg.): Statistik aktuell, Nr. 18.

SCHULZE-BÖING, Matthias (2018): „Man muss sich Sisyphos als glücklichen Menschen vorstellen". Ein Konzept für kommunale Integrationspolitik. In: Stadtforschung und Statistik, Jahrgang 31, Heft 2. Stuttgart, S. 51–60.

SAUNDERS, Doug (2011): Arrival City. How the Largest Migration in History is Reshaping our World. London.

SIMMEL, Georg (2008): Die Großstädte und das Geistesleben. In: Ders.: Philosophische Kultur. Frankfurt am Main, S. 905–916.

STROHMEIER, Klaus-Peter (2010): Soziale Segregation. Herausforderung der Städte des 21. Jahrhunderts. In: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Das Programm Soziale Stadt. Kluge Städtebauförderung für die Zukunft der Städte. Bonn, S. 66–83. (= WiSo-Diskurs.)

TAŞAN-KOK, Tuna/Bolt, Gideon/Plüss, Larissa/Schenkel, Walter (2017): A Handbook for Governing Hyper-diverse Cities. Utrecht.

WEEDE, Erich (2015): Die Zukunft der Nation und des Nationalstaates oder Migration als neue nationale Frage. Vortrag auf der Konferenz des Liberalen Instituts vom 16. April 2015 „Europa, die EU und der Sinn der Nation", unter: http://www.libinst.ch/presentationen/LI-Vortrag-Nation-Weede.pdf (15.09.2018).

Wikipedia.org (Hrsg.) (o. J.): Superdiversity, unter: https://en.wikipedia.org/wiki/Superdiversity (25.12.2018).

Martin Junkernheinrich | Wolfgang H. Lorig
Kai Masser [Hrsg.]

Brennpunkte der Kommunalpolitik in Deutschland

Nomos

Onlineversion
Nomos eLibrary

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

ISBN 978-3-8487-7700-6 (Print)

ISBN 978-3-7489-2093-9 (ePDF)

1. Auflage 2021
© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2021. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Vorwort der Herausgeber

In seinen Überlegungen zur „Potenzialentfaltung in Städten und Gemeinden" hat der Neurobiologe Gerald Hüther darauf hingewiesen, dass zum Erlernen von Metakompetenzen wie Affektkontrolle, strategische Kompetenz, Empathiefähigkeit sowie Sozial-, Handlungs- und Problemlösungskompetenz geeignete Lernorte des Erfahrungslernens notwendig seien: „Der geeignete Ort (...), an dem solche Erfahrungsräume geschaffen und zur Verfügung gestellt werden können, ist (...) die Kommune."[1] Kommune soll damit zugleich als politisch-administratives System und als Ort für die „Herausbildung einer neuen Lern- und Beziehungskultur"[2] verstanden werden, deren Innovationsfähigkeit und Problemlösungskompetenz in Zeiten ausgeprägter digitaler Veränderungen und weltweiter Krisenphänomene weit über eine lokale Agenda hinausweisen können.

In diesem Kontext kommt der lokalen Politikforschung eine besondere Bedeutung zu, die gekennzeichnet ist sowohl von thematischen Kontinuitäten (Dauerbaustellen) als auch von Themenkonjunkturen, die aktuelle Großbaustellen bearbeiten[3]. Der vorliegende Sammelband „Brennpunkte der Kommunalpolitik in Deutschland" bündelt vor diesem Hintergrund vielfältige Reformimpulse zum nachhaltigen Erhalt kommunaler Zukunftsfähigkeit.[4] Ausgewählte Brennpunkte der Kommunalpolitik in Deutschland werden aus wissenschaftlicher und zugleich aus politisch-praktischer Perspektive erörtert. Unterschiedliche methodische Zugänge, divergente analytische Betrachtungsweisen und auch abweichende Folgerungen bezüglich desselben Untersuchungsgegenstandes sind intendiert, da diese Pluralität konstruktive und zugleich offene Diskurse auszeichnet. Dieses Konzept intendiert eine transdisziplinäre Analyse der institutionellen Rahmenbedingungen, konkreten Fachpolitiken sowie der kommunalpolitischen Verfahren.

---

1 Hüther (2013): S. 20.
2 Ebenda: S. 120.
3 Vgl. u. a. Grauhan (1975); Naßmacher (2006); Bogumil/Holtkamp (2013); Junkernheinrich/Lorig (2013).
4 Die Herausgeber haben diesen Sammelband ausgehend vom Symposium „Brennpunkte der Kommunalpolitik – Zur Problematik räumlicher und sozialer Disparitäten", das Ende 2017 mit Vertretern aus Wissenschaft und Politik im Großen Sitzungssaal der Kreisverwaltung Trier-Saarburg stattfand, konzipiert.

Die zentralen Defizite (in) der lokalen Demokratie stehen zunächst im Fokus der Ausführungen: Krisensymptome der lokalen Demokratie, eine permanente Krise der Finanzen in zahlreichen Kommunen und zunehmende gesamtgesellschaftliche Polarisierungstenzenen weisen auf dringliche Handlungsbedarfe in deutschen Städten und Gemeinden hin.[5] Nicht zuletzt die unterschiedlichen Ansätze und Erfolge in der konkreten Bekämpfung der Corona-Pandemie auf unterster Staatsebene begründen das Erfordernis kompetenter lokaler „Political Leadership"[6] *und* handlungsfähiger Kommunalverwaltungen. Um die Handlungsfähigkeit zu sichern, müssen die Brennpunkte der Kommunalpolitik allerdings längerfristig und kontinuierlich im Fokus von Politik und Wissenschaft bleiben – vorübergehende Aufmerksamkeit während einer Krisensituation reicht hierfür nicht aus.

Kommunen mit ihrer Bürgernähe und ihren mannigfachen Aufgaben im demokratischen Verfassungsstaat der Bundesrepublik Deutschland sind zunächst erste Anlaufstellen für Bürgerinnen und Bürger[7] und bieten breitere und direktere Beteiligungsmöglichkeiten (lokale Referenden, Direktwahl von Bürgermeistern, Personenwahl für die Gemeinderäte, partizipative Entscheidungsverfahren) als auf den anderen Ebenen des politischen Systems. Anknüpfend an die Feststellung kommunaler Problemlagen gehen die Autorinnen und Autoren in diesem Band u. a. auf neue Beteiligungsformate als Erweiterung der repräsentativen Demokratie ein. Hinsichtlich der institutionellen Konstitution von Kommunalverwaltungen werden darüber hinaus Kommunal- und Gebietsreformen, Verwaltungsmodernisierungsdesigns sowie Rekommunalisierungsansätze – in bewusst divergenter Weise – als potenzielle Lösungsbeiträge für die Brennpunkte der Kommunalpolitik diskutiert. Nach der Fokussierung auf die institutionellen und prozessualen Aspekte der Kommunalpolitik wird der analytische Blickwinkel durch Beschreibungen pragmatischer Sachpolitiken, nämlich Umwelt-, Klima-, Migrations-, Integrations- und Regionalisierungspolitik (Urbanität und ländlicher Raum) erweitert.

Zukunftsfähige Kommunen, so lassen sich die mannigfachen Befunde des Sammelbandes resümieren, bedürfen einer breiten öffentlichen Kommunikationskultur[8], die eine entscheidende Prämisse für demokratische Innovationen bleibt. Aber dafür brauchen sie neben harten fiskalischen Ressourcen auch tatsächliche lokale Gestaltungsmöglichkeiten in einem politisch-administrativen Mehrebenensystem, das de facto immer stärker durchreguliert wird. Auf dieser Basis wäre ganz im Sinne Gerald Hüthers die Herausbildung einer „neuen Lern- und Beziehungskultur" zu befördern, damit die Mitglieder der betreffenden Kommunen „ihre Beziehungen so gestalten, dass sie ihr Zusammenleben als bereichernd empfinden, dass sie aufeinander zugehen statt sich voneinander abzugrenzen, dass es ihnen Freude macht, an der Weiterentwicklung des kommunalen Lebens mitzuwirken"[9].

An dieser Stelle danken die Herausgeber allen Mitautorinnen und Mitautoren für die konstruktive, geduldige Zusammenarbeit über einen längeren Zeitraum, der u. a. durch die Corona-Krise erheblich belastet war, und die z. T. mehrmalige akribische Bearbeitung der Manuskripte. Ein besonderer Dank gilt den Mitarbeitern am Lehrstuhl von Prof. Martin Junkernheinrich in der TU Kaiserslautern, Hendrik Markert und Marijan Wagner. Diese haben die vorliegende Veröffentlichung engagiert redaktionell mitbetreut, notwendige Formatierungen und Anpassungen durchgeführt und das Projekt über viele Monate kritisch begleitet. Nicht zuletzt ist dem Lektorat des NOMOS Verlages, vor allem Herrn Carsten Rehbein, für die angenehme Zusammenarbeit, zu danken.

Kaiserslautern, Trier und Speyer, im Februar 2021

Martin Junkernheinrich, Wolfgang H. Lorig und Kai Masser

5 Vgl. u. a. Weber/Kühne (2016); Klages (2018); Eichhorn (2019).
6 Weiterführend Glaab (2018).
7 Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird in einzelnen Beiträgen auf eine geschlechtsneutrale Differenzierung verzichtet. Entsprechende Begriffe gelten im Sinne der Gleichbehandlung grundsätzlich für beide Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

8 Ausführlich Klages/Vetter (2013).
9 Hüther (2013): S. 124.

Literatur

BOGUML, Jörg/HOLTKAMP, Lars (2013): Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung. Eine praxisorientierte Einführung. Bonn.

EICHHORN, Peter (2019): Ohnmacht der Städte. Neue Aufgaben für Bürgermeister und Stadträte. Berlin.

GLAAB, Manuela (2018): Politische Führung. Wiesbaden.

GRAUHAN, Rolf-Richard (1975): Lokale Politikforschung 2. Frankfurt a.M.

HÜTHER, Gerald (2013): Kommunale Intelligenz. Potenzialentfaltung in Städten und Gemeinden. Hamburg.

JUNKERNHEINRICH, Martin/LORIG, Wolfgang H. (Hrsg.) (2013): Kommunalreformen in Deutschland. Baden-Baden.

KLAGES, Helmut (2018): Absturz der Parteiendemokratie? Die politische Lage in Deutschland. Frankfurt/New York.

KLAGES, Helmut/VETTER, Angelika (2013): Bürgerbeteiligung auf kommunaler Ebene. Perspektiven für eine systematische und verstetigte Gestaltung. Berlin.

KUHLMANN, Sabine/ SCHWAB, Oliver (Hrsg.) (2017): Starke Kommunen – wirksame Verwaltung. Fortschritte und Fallstricke der internationalen Verwaltungs- und Kommunalforschung. Wiesbaden.

NAßMACHER, Hiltrud (2006): Effizienz und Bürgernähe ohne Demokratie und Nachhaltigkeit? Wiesbaden.

WEBER, Florian/KÜHNE, Olaf (Hrsg.) (2016): Fraktale Metropolen. Stadtentwicklung zwischen Devianz, Polarisierung und Hybridisierung. Wiesbaden.

Inhalt

Vorwort der Herausgeber 5

1 Einleitung

Brennpunkte der kommunalen Selbstverwaltung: Aktuelle Herausforderungen und Befunde
– Eine Einleitung –
Martin Junkernheinrich, Wolfgang H. Lorig und Kai Masser 15

2 Krise der lokalen Demokratie

Defekte lokale Demokratie?
– Zur Zukunftsfähigkeit der lokalen Selbstverwaltung –
Norbert Kersting 29

Krise der repräsentativen Demokratie
– Wohin entwickelt sich die kommunale Ebene? –
Kai Masser und Franziska Ritter 51

3 Kommunen in der Dauerfinanzkrise

Kommunalfinanzen und Corona-Krise
– Erste Lehren zur Stärkung der kommunalen Krisenabsorptionsfähigkeit –
Martin Junkernheinrich 79

Kommunalfinanzen in der Dauerkrise
– Ist ein Ende absehbar? –
Karin Welge 101

4 *Polarisierung in Städten*

Soziale Ungleichheit und politische Repräsentation in der Stadt
– Diskurse und empirische Befunde – 117
Wolfgang H. Lorig, Stefan Henn und Sascha Regolot

Polarisierte Städte
– Zunehmende Spaltung oder einfach nur „Superdiversität"? – 149
Ulrich Maly

5 *Neue Beteiligungsformate als Erweiterung der repräsentativen Demokratie*

Von der repräsentativen zur vielfältigen Demokratie
– Neue Partizipationsformen in Kommunen – 167
Andreas Paust

Direktdemokratische Beteiligungsverfahren
– Ein Weg zur Verbesserung der Qualität der lokalen Demokratie? – 185
Oscar W. Gabriel

6 *Kommunal- und Gebietsreformen – Konzepte und Implementationen*

Bürgerbeteiligung bei der Durchführung einer Kommunalreform 205
Christoph Ewen, Annkatrin Jünger und Jan Ziekow

Kommunale Gebietsreform
– Konzepte und Implikationen – 221
Rainer Winkel

7 *Verwaltungsmodernisierung – Erträge des Public Management*

Kommunale Verwaltungsmodernisierung durch Management
– Verwaltungswissenschaftliche Erträge der Debatte um das Neue Steuerungsmodell – 237
Elmar Hinz

Neue Steuerung in der kommunalen Doppik und die Einsicht in ihr Scheitern? 255
André Jethon

8 *Rekommunalisierung statt neoliberaler Privatisierungspolitik*

Rekommunalisierung
– Privatisierung im Rückspiegel – 277
Gunnar Schwarting

Rekommunalisierung
– Bewusstsein für eine an kommunalen Zielen ausgerichtete Daseinsvorsorge – 295
Jens Libbe

9 *Umwelt- und Klimapolitik in Städten*

Umwelt- und Klimapolitik in Städten
– Energieeffizienz, Mobilität, CO2-neutrale Energieversorgung am Beispiel Heidelberg – 313
Eckart Würzner

Tübingen macht blau als Beispiel für erfolgreichen kommunalen Klimaschutz 327
Boris Palmer

10 Migration und Integration

Brennpunkt Migration
– Überlegungen zu kommunalen Strategien für Integration – 343
Matthias Schulze-Böing

(Neu-)Zuwanderung in Stadt und Quartier
– Herausforderungen für die Stadtentwicklung – 359
Bettina Reimann

11 Der ländliche Raum: Herausforderungen und Perspektiven

Der ländliche Raum in der Metamorphose
– Räume nicht verteidigen, sondern regionale Innovationsprozesse anstoßen und unterstützen – 381
Hans-Josef Vogel

Ländliche Räume: Herausforderungen und Perspektiven 401
Gerd Landsberg

Verzeichnis der Autoren 415

1 Einleitung